

# Solarstrom: Kommt bald die Krise?

geschrieben von Admin | 25. April 2025

**Die Solarbranche meldet zwar Rekordwerte beim Zubau von Photovoltaik-Anlagen. Sie verschweigt dabei, dass sich die Anzeichen häufen, wonach der Solarboom bald vorbei sein könnte.**

## **Von Peter Panther**

Kurz nach Neujahr verbreitete die deutsche Solarbranche eine Jubelmeldung: «Photovoltaik-Boom in Deutschland hält 2024 an». Dieser Boom habe sich im letzten Jahr «ungebremst» fortgesetzt. Konkret sei mehr als eine Million Solaranlagen neu in Betrieb genommen und damit eine Rekordleistung installiert worden. Diese habe 2024 über 16 Gigawatt betragen. Insgesamt beläufe sich die Photovoltaik-Leistung in Deutschland damit auf fast 100 Gigawatt, womit schon fast die Hälfte des Ausbauziels von 215 Gigawatt bis 2030 erreicht sei.

Schaut man sich die Zahlen in dieser Meldung genauer an, fällt auf, dass 2024 effektiv ein Rekordjahr war, die neu installierte PV-Leistung mit 16 Gigawatt aber nur geringfügig höher lag als 2023, als auch schon deutlich über 15 Gigawatt dazu kamen. 2023 war zwar in der Tat ein Boomjahr, weil sich damals die installierte Leistung mehr als verdoppelte – aber 2024 zeigte sich bereits eine markante Abflachung des Wachstums.

## **Zwei Drittel der Solarinstallateure melden «Einbruch» des Geschäfts**

Kein Thema in der erwähnten Meldung war, dass sich die Anzeichen für ein Ende des Solarbooms inzwischen häufen. Bereits im März 2024 liess eine Umfrage der Branchenzeitschrift «pv magazine» bei über 500 deutschen Solarinstallateuren aufhorchen: 67 Prozent dieser Fachleute gab damals an, in den vorangegangenen Monaten einen «Einbruch» bei den Aufträgen für private Dachanlagen verzeichnet zu haben. Zugleich meldete das Magazin auch, dass die Zahl der neuen PV-Dachanlagen bis 30 Kilowatt in der zweiten Hälfte von 2023 rasant abgenommen hatte: von 111'684 im Juli auf gerade noch 40'688 im Dezember. Dieser Rückgang übertraf die erwartbare saisonale Abnahme bei weitem.

Im November 2024 verbreitete das Solartechnik-Unternehmen Q-Cells schlechte Zahlen für den vorangegangenen Sommer: Von Juni bis August 2024 hatten deutsche Privatkunden weit weniger PV-Anlagen installiert als im Vorjahr. Die Abnahme betrug satte 32 Prozent. «Wir sehen einen Rückgang bei den Neuinstallationen, nachdem im letzten Jahr ein Boom auf

PV-Anlagen eingesetzt hatte», liess sich Oliver Beckel, Head of Strategy bei Q-Cells, zitieren.

## **«Solarindustrie in einer Korrekturphase»**

Im letzten November wurden Zahlen publik, wonach der Zubau bei der Photovoltaik in den vorangegangenen zwölf Monaten in jedem Monat unter der Marke von 1,60 Gigawatt geblieben war. Soviel müsste neu installiert werden, damit das Ziel von 215 Gigawatt Solarleistung bis 2030 erreicht werden kann. Der effektive Zubau belief sich aber auf Werte zwischen 0,95 Gigawatt (August 2024) bis 1,59 Gigawatt (Januar 2024).

Auch in diesem Jahr häufen sich Meldungen, die dem vermittelten Bild eines anhaltenden Solarbooms entgegenstehen. Im März kam die Nachricht, wonach die Bundesnetzagentur letztes Jahr 15 Prozent weniger Eigenheimsolaranlagen registriert hat. Die Zahl der kleineren Dachsolaranlagen ging sogar um ein Drittel zurück. «Die Solarindustrie befindet sich laut Experten in einer Korrekturphase», schrieb das Onlineportal «merkur.de».

Im April gab der Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH) bekannt, dass die Elektro-Handwerksbetriebe letztes Jahr satte 27 Prozent weniger Photovoltaik-Anlagen installiert haben. Dieser Rückgang betrifft zwar nur einen Teil aller neuen PV-Anlagen und mag noch andere Gründe als nur einen Interessenverlust haben. Ein Alarmsignal für die Branche ist es allemal.

## **Der Anreiz für die Installation von Solaranlagen hat abgenommen**

Insgesamt ist die Situation unübersichtlich: Manche Meldungen scheinen anderen diametral zu widersprechen. Das mag daran liegen, dass viele Nachrichten nur Teilegmente des Photovoltaik-Marktes betreffen, während die Absatzzahlen der gesamten Branche vorläufig auf einem hohen Niveau verharren.

Jedenfalls muss nach Gründen, warum der Solarboom bald vorbei sein könnte, nicht weit gesucht werden. Dieser Boom wurde massgeblich durch den Ukraine-Krieg und die nachfolgende Energiekrise ausgelöst. Damals fürchteten viele Eigenheimbesitzer und Unternehmer, bald nicht mehr ausreichend mit Strom versorgt zu werden – und entschlossen sich, zugunsten der eigenen Unabhängigkeit eine Solaranlage auf dem Dach zu montieren.

Inzwischen ist diese Energiekrise aber vorerst vorbei. Entsprechend sind auch die Strompreise gesunken, was den Anreiz, eigenen Solarstrom zu produzieren, schmälert. Zudem herrscht Unklarheit, wie es unter der neuen Regierungskoalition mit der Solarstrom-Förderung weitergeht. Da wartet man lieber zu mit entsprechenden Investitionen.

# Auch bei Wärmepumpen und Elektromobilen ist der Boom vorbei

Sollte der Solarboom bald zu Ende gehen, wäre das keine Überraschung: Die meisten Leute, die sich für Sonnenstrom begeistern lassen, haben sich inzwischen mit der Technologie eingedeckt. Wer jetzt noch keine PV-Anlage auf dem Dach montiert hat, wird sich möglicherweise schwer dazu motivieren lassen.

Das gleiche Phänomen ist bei der Installation von Wärmepumpen und dem Kauf von Elektrofahrzeugen zu sehen: Der Markt für diese «Energiewende-Technologien» ist inzwischen gesättigt. Kommen noch Kürzungen von Förderbeiträgen dazu, resultiert schnell ein empfindlicher Rückgang bei den Verkaufszahlen – wie das in den ein bis zwei Jahren der Fall war. Die Vorstellung, dass der Solarboom immer weiter geht, muss vor diesem Hintergrund als naiv bezeichnet werden.

---

(KASTEN)

## Grösste Solaranlage der Welt macht dicht

Aus den USA ist eine Hiobsbotschaft für die Solarbranche eingetroffen: Die Ivanpah-Solaranlage in der Mojave-Wüste (Kalifornien) stellt 2026 ihren Betrieb ein – nur elf Jahre nach deren Start. Es handelt sich um ein sogenanntes Sonnenwärmekraftwerk. Bei diesem richten sich hunderttausende computergesteuerte Spiegel nach dem Sonnenstand und lenken das Licht auf drei zentrale Türme. Dort wird dank der gebündelten Energie Wasser verdampft, was Dampfturbinen antreibt.

Die Ivanpah-Anlage erstreckt sich über eine Fläche von 13 Quadratkilometer und war damit zeitweise das grösste Solarkraftwerk der Welt. Die erwähnte Technologie galt als zukunftsweisend. Entsprechend wurde die Anlage vom amerikanischen Staat mit 1,6 Milliarden Dollar gefördert. «Dieses Projekt ist ein Symbol für die spannenden Fortschritte, die wir in der gesamten Solarbranche sehen», verkündete der damalige Energieminister Ernest Moniz 2014 anlässlich der Einweihung.

Doch nun hat sich herausgestellt, dass sich die Stromerzeugung in der Ivanpah-Solaranlage wirtschaftlich nicht lohnt. Angeblich ist Photovoltaik-Strom preisgünstiger geworden und hat dieser Technologie den Rang abgelaufen. Freuen über die Betriebsschliessung dürfen sich Tierschützer. Diese bemängeln, dass der Bau des Kraftwerks unberührten Lebensraum in der Wüste zerstört habe. Zudem würden zahlreiche Vögel in der Luft von den Hitzestrahlen der Spiegel getötet.

Das nächste Vorzeigeprojekt der Erneuerbaren Energien ist gescheitert. Das bei Baubeginn weltweit größte Solarthermiekraftwerk Ivanpah in der Mojave-Wüste (USA) wird im Frühjahr 2026 den Betrieb einstellen. <https://t.co/16pzNLg0q2>  
Eine anfällige Technik und nicht mehr...

– Künstliche Intelligenz (@1234Fit) April 20, 2025

---

## ***Endangerment Finding* gefährdet Freiheit und Energieversorgung\***

geschrieben von Chris Frey | 25. April 2025

[Craig Rucker](#)

[\*Die Überschrift im Original ist ein unübersetzbares Wortspiel: „*Endangerment Finding endangers energy & freedom*“]

Eine der wichtigsten Exekutivmaßnahmen der Trump-Regierung ist die Überprüfung der Feststellung der Obama-EPA durch die Umweltschutzbehörde, dass Kohlendioxid ( $\text{CO}_2$ ) unsere Gesundheit gefährdet.

Sowohl die Obama- als auch die Biden-Regierung nutzten das „[Endangerment Finding](#)“ (EF) aus dem Jahr 2009, um die Regulierung und sogar das Verbot von praktisch allem zu rechtfertigen, was Kohlendioxid ausstößt: Kohle- und Gasstromerzeugung, Benzin- und Dieselfahrzeuge, Gasöfen, Warmwasserbereiter, Herde und Öfen sowie letztendlich unser Lebensstandard.

Wie konnte das im Land der Freiheit geschehen – der Heimat von Wissenschaft, Demokratie und Industrie?

George Orwell könnte sagen, dass das Problem mit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA von 1984 im Fall Chevron gegen Natural Resources Defense Council begann. Mit diesem Urteil wurde die „Chevron-Defensivität“ eingeführt, die besagt, dass die Gerichte „vernünftigen“ Auslegungen der Regierungsbehörden von zweideutigen Gesetzen und gesetzlichen Bestimmungen folgen müssen.

Mehrdeutige Gesetze und ehrgeizige Behörden sind eine gefährliche Kombination.

Die EPA hat beispielsweise oft mit Aktivistengruppen (und Staaten) zusammengearbeitet, um versehentlich oder absichtlich unklare Gesetzesformulierungen in mächtige Vorschriften mit enormen nationalen Kosten und Auswirkungen zu verwandeln.

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 2007 im [Rechtsstreit](#) Massachusetts gegen die EPA hat diese Gefahren noch verstärkt. Es entschied, dass die EPA CO<sub>2</sub> regulieren kann, wenn die Behörde feststellt, dass es „Luftverschmutzung“ verursacht oder dazu beiträgt, von der „vernünftigerweise erwartet werden kann“, dass sie „die öffentliche Gesundheit oder das Wohlbefinden gefährdet“.

Die EPA unter Obama ergriff die Gelegenheit beim Schopfe. Sie brauchte weniger als ein Jahr, um eine zweifelhafte Analyse durchzuführen und im Dezember 2009 das *Endangerment Finding* herauszugeben – was die Behörde in die Lage versetzte, Amerikas Stromerzeugung, Verkehr, Fabriken, Landwirtschaft und Haushalte zu kontrollieren.

Das war der Gipfel der staatlichen Kontrolle. Nie zuvor hatten so wenige Bürokraten so viel Macht über so viele Menschen ausgeübt, ohne dass die Legislative oder die Judikative so viel Kontrolle ausüben konnten.

Diese Ausweitung der Befugnisse der Exekutive veranlasste den Obersten Gerichtshof schließlich dazu, seine früheren Urteile zu überdenken.

Mit der [Entscheidung](#) des Gerichtshofs aus dem Jahr 2022 in der Rechtssache West Virginia gegen EPA wurden die schlimmsten Auswüchse eingedämmt. Die Richter entschieden, dass Bundesbehörden nicht gegen die „Major Questions Doctrine“ verstößen dürfen, die besagt, dass Behörden in Ermangelung einer klaren Anweisung oder Ermächtigung des Kongresses keine Entscheidungen treffen oder Vorschriften von „großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung“ erlassen dürfen.

Die EPA kann kaum argumentieren, dass der [Clean Air Act](#) von 1970 irgendwie impliziert, dass Kohlendioxid ein gefährlicher Schadstoff ist, wenn weder das ursprüngliche Gesetz noch spätere Änderungen CO<sub>2</sub> als solchen auflisten – noch wenn dieses Gas das ist, was Menschen ausatmen und Pflanzen absorbieren, um zu wachsen, wodurch das Leben auf dem Planeten überleben und gedeihen kann.

Die EPA kann sich auch nicht darauf berufen, dass ihr EF und die darauf folgenden Bemühungen, den größten Teil der US-Wirtschaft zu kontrollieren, keine „großen“ Maßnahmen sind und nur eine geringe wirtschaftliche und politische Bedeutung haben.

Das Endangerment Finding der EPA und die auf dem EF basierenden Vorschriften verstößen eindeutig gegen die Richtlinien des Urteils von West Virginia gegen die EPA.

Das [Urteil](#) des Obersten Gerichtshofs von 2024 in der Rechtssache Loper Bright gegen Raimondo ging noch weiter. Es hob das Urteil Chevron vs.

NRDC auf und schränkte die richterliche Kontrolle über die Regierungsbehörden stark ein. Die Regulierungsbehörden des EPA dürfen keine „vernünftigen Auslegungen“ unklarer gesetzlicher Bestimmungen mehr vornehmen, wenn dadurch ihre Regulierungsbefugnisse erheblich ausgeweitet werden, die Kosten für die Einhaltung eines Gesetzes erheblich steigen oder die Rechte der Menschen eingeschränkt werden, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder ihr Auto, ihre Lebensmittel, ihre Öfen und andere notwendige Dinge auszuwählen.

Das Endangerment Finding der EPA sollte auch deshalb aufgehoben werden, weil die Behörde ihren Daumen auf die Waage gelegt hat, als sie die Beweise für und gegen die Rolle von CO<sub>2</sub> für die menschliche und planetare Gesundheit abwog.

Im Endangerment Finding, den Berechnungen der „sozialen Kosten des Kohlenstoffs“ und den nachfolgenden Verordnungen betonte die EPA die angebliche Rolle von Kohlendioxid bei der Verursachung einer vom Menschen verursachten Klimakrise – und ignorierte die entscheidende Rolle von CO<sub>2</sub> bei der Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens des Planeten und der Menschen.

Dies verstößt gegen fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und den [Information Quality Act](#), der vorschreibt, dass die Entscheidungen der Behörde die besten verfügbaren Beweise berücksichtigen und auf genauen, klaren, vollständigen und unvoreingenommenen Analysen beruhen müssen.

Der Anstieg des atmosphärischen Kohlendioxids ist zum Teil auf die Erwärmung der Ozeane [zurückzuführen](#), die CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre freisetzen, und zum Teil auf die Emissionen lebenswichtiger menschlicher Aktivitäten, die das Leben schützen und verlängern: Anbau von Feldfrüchten und Vieh, Heizen und Kühlen von Häusern, Herstellung wichtiger Produkte, Transport von Lebensmitteln und Menschen, Reaktion auf Notfälle und vieles mehr.

Höhere CO<sub>2</sub>-Werte begünstigen das Pflanzenwachstum in Wäldern, auf Wiesen und [landwirtschaftlichen](#) Flächen. Sie „[begrünen](#) den Planeten Erde“, indem sie die Pflanzenbedeckung in Wüstengebieten ausweiten, indem sie es den Pflanzen ermöglichen, mit weniger Wasser besser zu wachsen.

Die CO<sub>2</sub>-Vorschriften der EPA schränken diese Aktivitäten ein, verringern ihren enormen Nutzen und schaden damit der menschlichen Gesundheit und dem Wohlergehen.

Die Obama-EPA hat sich auch auf Computermodelle gestützt, die davon ausgehen, dass Kohlendioxid und andere Treibhausgase der Hauptfaktor für einen moderaten Temperaturanstieg auf dem Planeten, extreme Wetterereignisse und ein angebliches Artensterben sind – und dabei die starken solaren, kosmischen, ozeanischen und anderen natürlichen Kräfte ignorieren, die im Laufe der Geschichte zu erheblichen Klimaänderungen geführt haben.

Weitere Probleme mit dem EF und den darauf basierenden Verordnungen werden im [amicus-curiae-Brief](#) von CFACT an den Supreme Court in der Sache Southeastern Legal Foundation v. EPA detailliert beschrieben.

Es gibt weder eine gesetzliche oder gerichtliche Grundlage für die Beachtung der EPA's Endangerment Finding noch eine rechtliche oder wissenschaftliche Basis dafür. EPA-Administrator Lee Zeldin sollte die EF auf den Müllhaufen der Geschichte werfen.

*This article originally appeared at [Newsmax](#)*

Link:

<https://www.cfact.org/2025/04/18/endangerment-finding-endangers-energy-freedom/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## Die Wahrheit über die Kosten der Universitäten

geschrieben von Chris Frey | 25. April 2025

**Willis Eschenbach**

Der bekannte Klimaalarmist Andrew Dessler hat einen [Substack-Beitrag](#) verfasst, in welchem er sich über die Entscheidung der Trump-Regierung beklagt, die Bundesforschungszuschüsse für Universitäten von ~ 50% auf 15% zu kürzen. Er behauptet, dass diese Kostensenkungsmaßnahme „darüber entscheiden wird, ob bahnbrechende Technologien in amerikanischen oder chinesischen Labors entwickelt werden“.

Lassen Sie uns also sehen, ob diese beängstigende Behauptung über China vernünftig ist. Zunächst einmal: Was sind „Unkosten“, wenn sie zu Hause anfallen? Es sind die Kosten für Unterstützungsdiensste für die Organisation als Ganzes. Hier ist Andrews vernünftige Beschreibung:

Unkosten sind „die zahllosen Unterstützungssysteme, die diese Forschung ermöglichen. Klimaanlagen, Strom für die Beleuchtung, WLAN, Hausmeisterdienste, administrative Unterstützung für die Gehaltsabrechnung und den Einkauf und eine Million anderer Dinge, die sich nicht eindeutig einem bestimmten Forschungsprojekt zuordnen lassen, ohne die die Forschung aber nicht möglich ist.“

Ich kenne mich mit dem Problem der Unkostenbeträge mehr als nur ein

wenig aus. Im Rahmen meiner Tätigkeit als Leiter einer NRO habe ich Zuschüsse geschrieben, die über einen Zeitraum von drei Jahren mehr als 2 Mio. USD von Spendern aus Australien, Neuseeland, Dänemark und den USA für unsere Entwicklungsprojekte auf Dorfebene auf den Salomonen einbrachten, und wissen Sie was?

**Jeder einzelne Spender, egal aus welchem Land, hat unsere Unkosten auf 15 % begrenzt.**

Und trotz dieses vernichtenden Schlags hielten die 15 % Unkosten das Büro aufrecht, bezahlten die Beleuchtung, die Klimaanlage, den Buchhalter, den Hausmeister und die „Million anderer Dinge“, die Andrew oben aufzählt.

Seine Behauptung, dass es irgendwie unmöglich sei, mit weniger als 50 % Unkosten auszukommen, ist also ein Witz. Soweit ich herausfinden konnte, sind Universitäten fast die einzigen Institutionen, die zusätzlich zu ihren direkten Kosten noch 50% Unkosten haben, um diese Dinge zu unterstützen ... und im Gegensatz zu meinen Projekten haben sie eine ganze Reihe anderer Finanzierungsquellen.

Als Nächstes sagt er, dass es drei Möglichkeiten gibt, wie die Universitäten auf die Kürzung der Mittel reagieren könnten ... aber raten Sie mal?

**Keine der drei Möglichkeiten, die er als Reaktion auf die Mittelkürzung vorschlägt beinhaltet, dass die Universität das tut, was Sie oder ich in einer solchen Situation tun würden – nämlich die Ausgaben zu senken, klar.**

[Hervorhebungen im Original]

Man merkt, dass Andrew in Saus und Braus lebt, wenn ihm der Gedanke an Kostensenkungen nicht einmal in den Sinn kommt. Ich meine, eine Kostensenkung könnte bedeuten, dass man einen Haufen aufgeblasener Blutsauger entlassen müsste, die von staatlichen Zuschüssen leben, und die kann man nicht gebrauchen.

Also habe ich mir die Zahlen angesehen. Texas A&M, der Arbeitgeber von Andrew Dessler, hat insgesamt 13.712 Lehrkräfte und Mitarbeiter. Davon sind 4.111 Lehrer, von denen eine unbekannte Anzahl auch in der Forschung tätig ist. Wahrscheinlich ist es nicht mehr als die Hälfte, so dass wir sagen können, dass es vielleicht 2.000 Forscher gibt.

Und es gibt 9.351 Mitarbeiter, Hausmeister und Wartungspersonal nicht mitgerechnet... also kommen auf jeden Lehrer mehr als 2 Verwaltungsangestellte, also mehr als 4 Verwaltungsangestellte auf jeden Forscher. Verstehen wir jetzt langsam, warum sie 50 % Gemeinkosten benötigen?

Die nächste Behauptung von Dessler ist urkomisch. Er erörtert eine der

drei Möglichkeiten, wie die Universitäten auf die Kürzung der Gemeinkosten reagieren könnten, indem er sagt:

*„Zweitens könnten die Universitäten eine andere Geldquelle finden, um diese Kosten zu decken. Aber irgendwoher muss das Geld ja kommen, und die Texas A&M hat keinen Haufen davon herumliegen, der darauf wartet, ausgegeben zu werden.“*

Also habe ich mir die Finanzierung der Texas A&M angesehen. Zunächst einmal verfügt die Texas A&M über einen Treuhandfonds, aus dem sie jährlich etwa 200 Millionen Dollar erhält ... plus, über den Zweijahreszeitraum 2024 – 2025 belaufen sich die Gesamtmittel des Staates Texas für das Texas A&M University System auf 3,78 Milliarden Dollar, was einem Anstieg von 1,19 Milliarden Dollar gegenüber der vorangegangenen Zweijahresperiode entspricht.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl anderer Geldquellen für Texas A&M. Im Folgenden sind die Finanzierungsquellen und die jährlichen Einnahmen der Universität aufgeführt:

Trust Fund	\$200,000,000
State Grants	\$1,890,000,000
Tuition & Fees	\$1,354,000,000
Research Grants (including overheads)	\$845,900,000
Direct Federal Funding	\$704,000,000
Gifts & Donations	\$149,100,000
Auxiliary Enterprises	\$462,600,000
Investment Income	\$403,200,000
Other Sales/Services	\$29,300,000
<b>TOTAL</b>	<b>\$6,038,100,000</b>

Außerdem wird nur etwa die Hälfte der Forschung der Texas A&M von der US-Bundesregierung finanziert. Wenn also die Bundeszuschüsse für die A&M-Forschung von 50 % auf 15 % gekürzt werden, würden sich die Gesamteinnahmen der Universität um satte 1,6 % verringern.

Tut mir leid, Andrew, aber auf meinem Planeten sind 1,6 % weniger Universitätseinnahmen kein Notfall, der die gesamte Forschung nach China verlagert. Das ist ein leicht zu lösendes Problem.

Sie könnten mit der Tatsache beginnen, dass 43 % ihrer jährlichen Ausgaben für Gehälter aufgewendet werden und dass der durchschnittliche Professor etwa 130 Dollar pro Stunde verdient. Aber es gibt noch mehr. Hier sind die Spitzengehälter an der Texas A&M:

1	Daniel Durkin Assistant Football Coach	\$1,425,000
2	Carl Bjork Athletic Director	\$1,343,750
3	Joni Taylor Head Women's Basketball Coach	\$1,341,667
4	James Schlossnagle Head Baseball Coach	\$1,198,296
5	Elijah Robinson Assistant Football Coach	\$1,058,333
6	James Coley Assistant Football Coach	\$870,833
7	Margaret Banks President	\$822,222
8	Robert Petrino Assistant Football Coach	\$806,061
9	Darrell Dickey Assistant Football Coach	\$753,297
10	Dameyune Craig Assistant Football Coach	\$618,750
11	Karen Wooley Distinguished Professor	\$521,247
12	Gregory Hartman COO & Senior VP	\$504,167
13	Tommie Robinson Assistant Football Coach	\$502,083
14	Trisha Ford Head Softball Coach	\$477,500
15	Terrall Rushing Assistant Football Coach	\$466,667

Ja, sie sind wirklich pleite ... so pleite, dass ein Assistenz-Football-Trainer mit 1,4 Millionen Dollar pro Jahr an der Spitze ihrer Gehaltsliste steht und sie ihrem sportbezogenen Personal (Trainer, Assistenztrainer usw.) insgesamt über sechzehn Millionen Dollar pro Jahr zahlen ...

... und Andrew jammert über Armut?

Das Entmutigende daran ist, dass all diese Leute, die von staatlichen Geldern leben, ihr Bestes tun, um die hässliche Realität zu ignorieren – **hier in den USA sind wir nicht nur pleite, sondern bis über beide Ohren verschuldet**. Wir müssen, müssen, müssen die Bundesausgaben kürzen, wo immer wir können, einschließlich der Reduzierung der lächerlichen Gemeinkosten für die Universitätsforschung. Und die unausweichliche Wahrheit ist, dass einige Kürzungen die Universitäten dazu zwingen werden, Ausgaben zu reduzieren und Leute zu entlassen. Andrew gefällt das nicht, mir gefällt das nicht, aber es ist die brutale Realität. Die gute Nachricht ist, dass es keine unmögliche Aufgabe ist, eine Kürzung der Gemeinkosten zu überleben. Tausende und Abertausende von NR0s überleben glücklich mit Zuschüssen und 15 % Gemeinkosten.

[Hervorhebung im Original]

Schließlich würde ich vermuten, dass die verborgene Wahrheit hinter Andrews Beitrag darin besteht, dass für Andrew das Ende seiner langen, lukrativen, von der Regierung finanzierten Lobbyarbeit für den Klimaschwindel abzusehen ist. Ich kann seine Besorgnis verstehen; er verdient etwa eine Viertelmillion Dollar pro Jahr, und sein Geldsegen droht auf ein unbewegliches Objekt in Form der Staatsverschuldung zu stoßen.

Ich fürchte jedoch, dass dies ein Problem von Andrew ist, nicht ein

Problem der US-Forschung oder der US-Steuerzahler.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/04/22/the-truth-about-university-overhead-costs/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

# Hitzewellen in Brandenburg? Wie die EU die Klimawissenschaft missbraucht

geschrieben von Admin | 25. April 2025

**Brandenburg ist laut dem EU-Erdbeobachtungsprogramm „Copernicus“ stärker durch Hitzewellen gefährdet als Italien und Spanien. Es handelt sich um reine Gefälligkeitswissenschaft, die politisch gewünschte Ergebnisse produziert.**

**Martina Binnig, Gastautorin /**

Kopernikus würde sich im Grab umdrehen! Vertrat er doch seinerzeit entgegen der gängigen Lehrmeinung die Ansicht, dass die Erde um die Sonne kreist und nicht umgekehrt. Was dazu führte, dass sein Werk 1559 auf dem Index der verbotenen Bücher der katholischen Kirche landete. Auch Luther und Melanchthon lehnten Kopernikus ab. Ausgerechnet Kopernikus muss nun als Namensgeber für das EU-Erdbeobachtungsprogramm Copernicus herhalten. Perfide daran ist: Vorgeblich liefert Copernicus rein wissenschaftliche Daten, die über Erdbeobachtungssatelliten, Flugzeuge sowie boden- oder seegestützten Beobachtungsinfrastrukturen erhoben werden. In Wahrheit wird Copernicus derzeit aber vor allem dafür benutzt, um der EU-Klima-Politik einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. Reine Gefälligkeitswissenschaft also und das genaue Gegenteil des historischen Kopernikus, der, wenn er heute leben würde, das omnipräsente Narrativ des menschengemachten Klimawandels hinterfragen würde.



Bild vom Juli 1957. Alles schon mal dagesessen.

Gemeinsam mit der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Vereinten Nationen hat Copernicus soeben seinen Jahresbericht über den Zustand des europäischen Klimas 2024 veröffentlicht. Genauer gesagt: Als einer der beiden Herausgeber ist „ECMWF Communication Section-Copernicus Team“ mit Sitz in Bonn aufgeführt. ECMWF steht für „European Centre for Medium-Range Weather Forecasts“ (zu deutsch: Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage). Aus dem Jahresbericht geht nun hervor, dass 2024 angeblich nicht nur das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen war, sondern Europa auch derjenige Kontinent ist, der sich am schnellsten erwärmt hat.

Dabei habe es mindestens 335 Todesopfern gegeben. Insgesamt seien schätzungsweise 413.000 Menschen von der europäischen Klima-Erwärmung betroffen gewesen. Der Bericht bestätige den anhaltenden Trend zu steigenden Temperaturen und zum Klimawandel in ganz Europa. Damit unterstreicht er laut EU-Kommission die Notwendigkeit, dass Europa klimaneutral werden und die Umstellung auf saubere Energie beschleunigen muss. Darum geht es also wirklich: Die EU-Kommission versucht, ihre fatale Wirtschaftspolitik durch die vermeintlich wissenschaftlich erhobenen Copernicus-Daten zu rechtfertigen.

Schließlich hat die EU sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und bereits bis 2030 durch das Gesetzespakt „Fit for 55“ die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Darauf ist die gesamte noch vorhandene europäische Industrie eingenordet worden. Fast hat es den Anschein, als wollte die EU-Kommission mit dem Copernicus-Bericht den Investoren, die auf klimaneutrale Technologien gesetzt haben, die Garantie dafür geben, dass die EU weiterhin auf Spur

bleiben wird. Und gleichzeitig zementiert die Kommission mit den „wissenschaftlichen“ Daten die Alternativlosigkeit ihres Kurses.

## **Lediglich heftige Regenfälle in Sizilien und Norditalien**

Was allerdings von dieser Wissenschaftlichkeit zu halten ist, wird bereits klar, wenn man einen Blick auf die Landkarte mit „Klimaereignissen“ wirft, die Copernicus bereitstellt: Darauf ist zum Beispiel eingetragen, dass es 2024 sowohl in Skandinavien als auch im rund 8.000 Einwohner zählenden brandenburgischen Doberlug-Kirchhain zu Hitzewellen kam, während Italien und Spanien komplett davon verschont blieben. Da kann man den Doberlug-Kirchhainern nur raten, möglichst bald nach Italien umzusiedeln, um der Hitze zu entkommen! Überhaupt scheint es in Italien auffällig selten „Klimaereignisse“ zu geben: Hier sind lediglich heftige Regenfälle in Sizilien und Norditalien verzeichnet. Oder sollten für dieses Ergebnis womöglich die Messmethoden verantwortlich sein?

Bereits im April 2024 hatte die Kommission eine Mitteilung darüber veröffentlicht, wie sich die EU wirksam auf Klimarisiken vorzubereiten gedenkt. Darin fordert sie, dass politische Entscheidungsträger, Unternehmen und Investoren die Zusammenhänge zwischen Klimarisiken, Investitionen und langfristigen Finanzierungsstrategien besser verstehen müssten. Deswegen will die EU-Kommission zusammen mit der Europäischen Umweltagentur (EUA) vor allem einen besseren Zugang zu Daten ermöglichen – zum Beispiel über die einschlägige Datenplattformen von Copernicus.

Noch in diesem Jahr soll zudem der Galileo-Notfallwarnsatellitendienst (EWSS) der EU zur Verfügung stehen. Außerdem wird hervorgehoben, dass vor allem die Koordinierung auf EU-Ebene „ein wirksames Instrument zur Stärkung der Resilienz“ sei. Die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und der nationalen Ebene beruhe dabei auf dem Grundsatz der Subsidiarität: Die EU-Institutionen einigen sich auf einen gemeinsamen allgemeinen Rahmen auf EU-Ebene, der dann von den Mitgliedstaaten gegebenfalls noch ausgearbeitet und auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umgesetzt werden.

## **Bekämpfung von „Desinformation“**

Mit anderen Worten: Die EU gibt vor, was Kleinkleckersdorf zu tun hat. Generell soll nach dem Willen der EU-Kommission bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die laut Kommission immerhin 14 Prozent des BIP der EU ausmacht, den Klimarisiken mehr Rechnung getragen werden – insbesondere im Zusammenhang mit Infrastrukturscheidungen. Hinsichtlich der Finanzierung von Maßnahmen könne sich die EU auf das Wissen der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung verlassen. Auch die Mobilisierung privater

Investitionen sei von grundlegender Bedeutung, um Klimaresilienz aufzubauen. Im kommenden Jahr will die EU-Kommission dann einen „Europäischen Klimaanpassungsplan“ vorlegen.

Außerdem verschreibt sich die Kommission der Bekämpfung von „Desinformation“. Wörtlich heißt es in der Mitteilung:

*„Die Kommission wird zu den Bemühungen beitragen, die Verbreitung von Desinformation im öffentlichen Raum und ihren Einfluss auf Meinung und Verhalten zu beobachten und zu analysieren. Sie wird den Einsatz einschlägiger politischer Instrumente, digitaler Lösungen und Kommunikationskonzepte zur Bekämpfung von Desinformation auf dem Gebiet der Klimapolitik verbessern. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass die Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste auch im Hinblick auf Desinformation ordnungsgemäß gewährleistet und dass die Klimawissenschaft bei der Einhaltung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation durch Social-Media-Unternehmen angemessen berücksichtigt wird.“*

Wer es also wagt, zum Beispiel auf Facebook zu hinterfragen, ob Brandenburg tatsächlich mehr durch „Hitzewellen“ gefährdet ist als ganz Italien und Spanien zusammen, muss mindestens damit rechnen, dass sein Beitrag gelöscht wird. Oder dass er sogar im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act, kurz: DSA) sanktioniert wird.

## **Die Lebensmittelversorgung ist zunehmend Klimarisiken ausgesetzt?**

Ein großes Thema sind für die EU-Kommission auch die mutmaßlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit. Allein in Europa seien zwischen 60.000 und 70.000 vorzeitige Todesfälle auf die Hitzewelle 2022 zurückzuführen. Prognosen zufolge werde die temperaturbedingte Sterblichkeit bereits bis Mitte des Jahrhunderts einen starken Nettoanstieg aufweisen. (Siehe dazu auch diese Achse-Berichte: „Von Hitze- und Kältetoten – Journalismus im Klimafieber“ und „Zu wenig Hitzetote für die Klima-Alarmisten?“ und „Der unterschätzte Kältetod“). Daher setzt die Kommission auf den Ausbau des Europäischen Klima- und Gesundheitsobservatoriums, das dazu beitragen soll, die Gesundheitssysteme auf den Klimawandel vorzubereiten, Überwachungs- und Frühwarnsysteme zu stärken, das Personal im Gesundheitswesen auszubilden sowie Anpassungslösungen und Gesundheitsmaßnahmen zu fördern. Auch durch die Umsetzung der Verordnung zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sollen die Reaktionsmechanismen für klimabedingte Gesundheitsgefahren gestärkt werden. Und nicht zuletzt unterstützt die Kommission natürlich die Entwicklung von neuen Impfstoffen und Therapeutika.

Nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Lebensmittelversorgung in der EU ist laut Kommissionsmitteilung zunehmend Klimarisiken ausgesetzt. Sie

sei insbesondere durch Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren, vermehrte Belastungen wegen Schädlingen und Krankheiten sowie durch den Verlust an biologischer Vielfalt, Bodendegradation und Veränderungen der Fischmigration bedroht.

Dass in erster Linie die EU-Gesetzgebung selbst etwa durch das Renaturierungsgesetz die Lebensmittelversorgung aufs Spiel setzt (achgut berichtete), wird vornehm verschwiegen. Darüber hinaus könnten Klimarisiken in Lieferketten die wirtschaftliche Sicherheit der EU vor allem in Bezug auf Arzneimittel und Halbleitern gefährdet. Daher will die EU-Kommission Datenlücken schließen – unter anderem bei der Schätzung des nationalen Investitionsbedarfs für die Anpassung an die Klimarisiken. Das hören die entsprechenden Investoren gerne.

## **Eine Mischung aus Eigenlob und demonstrativer Dankbarkeit**

Es fällt auf, dass das erste Vorwort des aktuellen Jahresberichts über den Zustand des europäischen Klimas von Andrius Kubilius, dem EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, stammt. Kubilius betont:

*„Die alarmierenden Ergebnisse des Europäischen Klimaberichts zeigen uns, wie wichtig ein unabhängiges, erstklassiges Erdbeobachtungssystem ist. Damit leistet Copernicus einen entscheidenden Beitrag zur Widerstandsfähigkeit und Vorsorge in der EU. Dies unterstützt sowohl die Bemühungen Europas, die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen, als auch seine Führungsrolle in der sich abzeichnenden neuen Wirtschaft.“*

Nun ja, ein „erstklassiges Erdbeobachtungssystem“ ist natürlich nicht nur im Kampf gegen den „Klimawandel“ nützlich, sondern auch im Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die Generaldirektorin des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF), Florence Rabier, wird zitiert mit den Worten:

*„Wir bei ECMWF sind dankbar für die anhaltende Unterstützung der Europäischen Kommission für die Copernicus-Programme für Klimawandel- und Atmosphärenüberwachungsdienste sowie für ihre Unterstützung unseres Beitrags zum Copernicus-Katastrophen- und Krisenmanagementdienst. Der ESOTC-Bericht 2024 ist ein Beweis für das Engagement unserer Mitarbeiter und Kooperationspartner, deren hervorragende Arbeit die Erstellung einer so hochwertigen und angesehenen Veröffentlichung ermöglicht.“*

Das ist eine Mischung aus Eigenlob und demonstrativer Dankbarkeit dafür, dass die EU den eigenen hochdotierten Arbeitsplatz finanziert. Immerhin wird Copernicus in den Jahren 2021 bis 2027 mit EU-Geldern in Höhe 5,42 Milliarden Euro finanziert. Das dritte Vorwort wird Celeste Saulo, der Generalsekretärin der UN-Weltorganisation für Meteorologie (WMO), in den Mund gelegt. Sie hebt hervor, dass die Frühwarnsysteme noch weiter und schneller ausgebaut werden müssten.

# Die Datenabdeckung ist in Europa äußerst inhomogen

Danach wird ein wahres Katastrophen-Szenario ausgebreitet: Europa erwärme sich seit den 1980er Jahren nicht nur doppelt so schnell wie der globale Durchschnitt, wodurch es der sich am schnellsten erwärmende Kontinent der Erde sei, sondern noch dazu ist Europa laut dem sogenannten Weltklimarat (IPCC) eine der „Regionen mit dem größten prognostizierten Anstieg des Hochwasserrisikos“. Wer genau da wie und warum „prognostiziert“, bleibt offen. Eins muss man dem Jahresbericht allerdings lassen: Optisch ist er ansprechend gestaltet. So werden die einzelnen Klimakatastrophen aus dem Jahr 2024 mit farbigen Abbildungen und Grafiken eindrücklich illustriert.

Hier kann man auch schön sehen, dass die Anomalien in der Anzahl von Schneetagen an Ländergrenzen Halt machen, ganz so, als wüssten die Schneeflocken, dass sie zum Beispiel in Frankreich völlig normal sind, aber gleich hinter der Grenze in Deutschland anormal. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit des gesamten Jahresberichts erheblich. Denn auch wenn die Daten korrekt erhoben worden sind, wovon durchaus auszugehen ist, fragt sich, wer die Anzahl und die räumliche Verteilung der Messpunkte festgelegt hat.

Tatsächlich wird auf einer Unterwebseite dieses Problem offen eingeräumt: Die Datenabdeckung ist in Europa faktisch äußerst inhomogen. Zudem basiert der Bericht nicht nur auf real gemessenen Daten, wie zunächst suggeriert wird, sondern auch auf Computermodellierungen. Auf Basis dieser eher zufällig und hypothetisch wirkenden Datenlage politische Entscheidungen treffen zu wollen, ist anmaßend. Die EU-Kommission versucht es trotzdem.

**Hinweis zum Eingangs-Foto oben:** Es zeigt eine Bild-Schlagzeile aus dem Jahr 1957, es gibt nicht viel neues unter der Sonne!

**Martina Binnig** lebt in Köln und arbeitet u.a. als Musikwissenschaftlerin (Historische Musikwissenschaft). Außerdem ist sie als freie Journalistin tätig.

## Quellen:

Pressemitteilung der EU-Kommission

Copernicus-Bericht zum Zustand des europäischen Klimas 2024 (European State of the Climate, kurz: ESOTC)

Klimaereignislandkarte

Informationen zur Datenerhebung

Mitteilung der EU-Kommission zur Bewältigung von Klimarisiken

# „Der Krieg gegen die Kohle ist endlich vorbei“: Energieexperten sagen, dass die Deregulierungs-Agenda der Trump-Regierung die Wiederbelebung der Kohle fördern dürfte

geschrieben von Chris Frey | 25. April 2025

[Audrey Streb](#), [THE DAILY CALLER](#)

In den ersten Monaten seiner zweiten Amtszeit hat Präsident Donald Trump der „Entfesselung“ der amerikanischen Energiewirtschaft Priorität eingeräumt und bereits mehrere seiner Meinung nach belastende Vorschriften für die Kohleindustrie abgeschafft und deren „Wiederbelebung“ versprochen.

Trump unterzeichnete am 8. April eine [Durchführungsverordnung](#) zur Wiederbelebung der Kohleindustrie und [befreite](#) kurz darauf mehrere Kohlekraftwerke von Vorschriften aus der Biden-Ära. Obwohl die Kohle zu einem Hauptziel vieler Klimaaktivisten geworden ist, gilt sie seit jeher als leicht verfügbar und erschwinglich, und mehrere Experten für Energiepolitik, die mit der Daily Caller News Foundation sprachen glauben, dass Trump die nötigen Karten hat, um die Branche zu stärken.

„Wenn die Stromrechnungen in die Höhe schießen oder es im Winter zu Stromausfällen kommt, wollen die Menschen wieder zuverlässigen Strom haben“, sagte Amy Cooke, Mitbegründerin und Präsidentin von Always on Energy [Research](#) und Direktorin des Energy and Environmental Policy [Center](#) gegenüber dem DCNF. „Das Schöne an der Kohle ist, dass sie eine erschwingliche, zuverlässige Energieversorgung ermöglicht, die für den wirtschaftlichen Wohlstand und insbesondere für die Innovation absolut entscheidend ist.“ ([Anmerkung:](#) Die Strompreise sind unter Biden siebenmal schneller gestiegen als unter Trump)

„Ich denke, die größte Bedrohung für die Menschheit ist die fehlende Energieversorgung“, sagte Cooke und fügte hinzu, dass Kohle einen

wichtigen Beitrag zur Grundlastversorgung des Landes leistet.

Im Anschluss an seine Durchführungsverordnung gewährte Trump Anfang April fast 70 Kohlekraftwerken eine zweijährige [Ausnahmeregelung](#) von einer aus der Biden-Ära stammenden Vorschrift zur Luftverschmutzung, die sie zur Reduzierung bestimmter Luftschadstoffe verpflichtet. Die Environmental Protection Agency (EPA) erklärte, dass dieser Schritt „die kohlebefeuerte Stromerzeugung unterstützen und sicherstellen würde, dass das Stromnetz unseres Landes zuverlässig ist, dass Strom für die amerikanische Bevölkerung erschwinglich ist und dass die EPA dazu beiträgt, die Energiesicherheit unseres Landes zu fördern.“

Kurz darauf [machte](#) sich [Skepsis](#) breit, ob die Kohleindustrie eine Wiederbelebung erleben könnte und ob es wirtschaftlich sinnvoll wäre, diese zu verfolgen.

Die aus der Verbrennung von Kohle gewonnene Energie versorgt nur etwa 16 % der USA, obwohl nach [Angaben](#) von America's Power 40 Bundesstaaten von der Kohle abhängig sind. Laut einer [Studie](#) der Rhodium Group erreichte die Energieerzeugung durch Kohle im Jahr 2023 ein Rekordtief. Im Jahr 2021 war Kohle jedoch nach [Angaben](#) der U.S. Energy Information Administration in 15 Bundesstaaten die wichtigste Energiequelle.

„Wir können die Welt in Sachen Innovation anführen“, sagte Cook gegenüber dem DCNF und verwies auf die positiven Entwicklungen bei Erdgas und Kernenergie. „Aber wir brauchen die Kohle. Sie muss Teil des Portfolios sein.“

„Es ist irrsinnig, dass wir jetzt, wo die Nachfrage nach Strom so hoch ist, die Grundlastkraftwerke abschalten“, fügte Cooke hinzu. Sie verwies außerdem auf den [Bericht](#) der North American Electric Reliability Corporation für das Jahr 2024 und auf [Untersuchungen](#) von Always on Energy Research, die bis zum Jahr 2028 mit [Stromausfällen](#) in den USA rechnen.

Da die amerikanische Energienachfrage weiter steigt, würde die Wahrscheinlichkeit eines drohenden Stromausfalls [zunehmen](#), wenn das Angebot nicht in gleichem Maße wächst. Der Vorstoß in Richtung erneuerbare Energiequellen sowie strenge Umweltvorschriften, [verabschiedet](#) unter dem ehemaligen Präsidenten Joe Biden, könnten zu dem langsameren Wachstum der Energieversorgung in den USA beigetragen haben ([Anmerkung:](#) Ein großer Befürworter grüner Energie [BlackRock] gibt erneut zu, dass Solar- und Windenergie allein „die Lichter nicht zuverlässig am Leuchten halten können“)

Unmittelbar nach seiner Rückkehr ins Weiße Haus rief Trump den nationalen [Energienotstand](#) aus und erklärte, dass „die Integrität und der Ausbau der Energieinfrastruktur unserer Nation“ eine „unmittelbare und dringende Priorität für den Schutz der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit der Vereinigten Staaten“ sei.

„Wir haben uns das angeschaut und sagen voraus, dass es zu Stromausfällen von 24 Stunden und mehr kommen wird“, sagte Cook dem DCNF.

Sie stellte weiter fest, dass „der billigste Strom der ist, für den man bereits bezahlt hat“, und plädierte für den Fortbestand bestehender Kohlekraftwerke und die Wiedereröffnung derjenigen, die bereits geschlossen wurden.

„Die einzigen Menschen, die Kohle für schlecht halten, sind diejenigen, die sie nur durch die Linse der Kohlenstoff-Emissionen betrachten, und das ist kein Weg, um Energiepolitik zu betreiben“, sagte Cooke und argumentierte, dass es angesichts der prognostizierten Energiekrise der Nation notwendig sei, einen „ganzheitlichen“ Ansatz für die Energieerzeugung zu wählen.

*Gesehen im Fernsehen in WV, nachdem @POTUS eine Executive Order zur Wiederbelebung der Kohleindustrie unterzeichnet hat: „Bergleute können heute zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt aufwachen, und ihre Ehepartner und Familien werden erkennen, dass sie morgen einen Job haben... und hören, wie ein Präsident des Landes verkündet, dass die...* [pic.twitter.com/DNdcYiVvF6](https://pic.twitter.com/DNdcYiVvF6) – Rapid Response 47 (@RapidResponse47) 14. April 2025

„Das amerikanische Volk braucht mehr Energie, und das Energieministerium trägt dazu bei, diese Nachfrage zu befriedigen, indem es das Angebot an erschwinglichen, zuverlässigen und sicheren Energiequellen freisetzt – einschließlich Kohle“, sagte Energieminister Chris Wright in einer Erklärung vom 9. April. „Kohle ist für die Stromerzeugung rund um die Uhr unverzichtbar“, fügte er hinzu, „aber die fehlgeleitete Politik früherer Regierungen hat diese wichtige amerikanische Industrie ersticken. Unter der Führung von Präsident Trump werden wir die Bürokratie abbauen und den gesunden Menschenverstand zurückbringen.“

Der Präsident hat auch gesagt, dass er mit dem Ausbau des Sektors mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bergleute in Aussicht stellt. Auf einer Pressekonferenz am 8. April erklärte er, dass die Arbeiter „wirklich verdiente und große amerikanische Patrioten“ seien.

„Jahrelang haben die Leute diesen Industriezweig nur beklagt und ihn ohne jeden Grund dezimiert“, fügte Trump hinzu. „Die Bergleute können heute zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt aufwachen und ihre Ehepartner und Familien werden feststellen, dass sie morgen einen Job haben“, sagte der Reporter Bob Aaron in einem Video, das auf X geteilt wurde. „Sie können hören, wie ein Präsident des Landes verkündet, dass der Krieg gegen die Kohle vorbei ist.“ (Anmerkung: Nachdem er die Klimapolitik der Demokraten kritisiert hat, weist Trump die Verwaltung an, „schöne, saubere“ Kohle freizusetzen)

„Ich erwarte wirklich eine Wiederbelebung der Kohleindustrie in den Vereinigten Staaten unter Trump“, sagte David Blackmon, ein Autor für

Energie und Politik, der 40 Jahre lang im Öl- und Gasgeschäft tätig war, gegenüber dem DCNF. Er wies darauf hin, dass die Trump- Regierung die Beschränkungen für die Kohle lockern werde, und fügte hinzu, dass die Biden-Regierung den Bau neuer Kohlekraftwerke aufgrund aggressiver **Klimavorschriften** „nahezu unmöglich“ gemacht habe.

Unter Bidens **Klimagesetz**, dem Inflation Reduction Act, räumten die USA der Erzeugung erneuerbarer Energien und der Subventionierung Vorrang ein, was zu einem hohen **Preis** für die Steuerzahler führte, die für mehrere Umweltinitiativen aufkommen mussten, darunter Hunderte Millionen Dollar für den Bau von **Solaranlagen** an einigen der sonnenärmsten Orte des Landes.

„Die billigste und erschwinglichste Lösung ist es, unsere derzeitige Infrastruktur am Netz zu halten“, sagte André Bélieau, leitender Manager für Energiepolitik bei der Commonwealth Foundation, dem DCNF. „Kohle ist nach wie vor eine der, wenn nicht sogar die günstigste Energiequelle, die wir haben“.

„Sie erzwingen die Stilllegung von Vollzeit-Energiequellen und versuchen, sie durch Teilzeit-Energiequellen zu ersetzen, und das wird nicht funktionieren“, fuhr Bélieau fort und verwies auf erneuerbare Energiequellen wie Wind und Sonne. „Wir können keine Vollzeit-Wirtschaft mit Teilzeit-Energie betreiben.“

Das Energieministerium hat auf die Bitte des DCNF um Stellungnahme nicht reagiert. Das Weiße Haus verwies den DCNF auf sein **Merkblatt**, in dem es die Durchführungsverordnung des Präsidenten vom 8. April zusammenfasst.

*All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact [licensing@dailycallernewsfoundation.org](mailto:licensing@dailycallernewsfoundation.org).*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/04/20/war-on-coal-is-finally-over-energy-experts-say-trump-admins-deregulation-agenda-could-fuel-coals-revival/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Anmerkung: Auf X wird das Aus für das Solarkraftwerk „Ivanpah“ beleuchtet ([hier](#))